

Über uns

Seit nunmehr fast 20 Jahren stehen die Freien Wähler Main-Kinzig für eine offene, sachorientierte und bürgernahe Politik in unserem Landkreis. Im Main-Kinzig-Kreis bestehen freie Wählergemeinschaften seit 1946.

Der Kreisverband Freie Wähler Main-Kinzig wurde am 18. Dezember 1992 gegründet. Die 11 Gründungsmitglieder aus der Stadt Hanau und weiteren drei Kommunen aus dem Altkreis Hanau kamen zusammen, um ein Gegengewicht zu den im Main-Kinzig-Kreis etablierten Parteien zu bilden. Die Zielsetzung der neuen Gruppierung war -nach erfolgreicher Teilnahme an den im März 1993 stattfindenden Kommunalwahlen- im Kreistag, die Vielzahl der in den Kommunen vorhandenen parteiunabhängigen Wählergemeinschaften und deren Interessen zu vertreten. Die damals aktuellen Themen waren u.a. die Abfallwirtschaft mit der zentralen Mülldeponie im Ronneburger Hügelland, Kreis- und Schulumlage, Haushalts- und Finanzpolitik, Verkehrs- und Ausländerpolitik. Er versteht sich als Interessenvertretung der unabhängigen Wählergemeinschaften in den Städten und Gemeinden auf Kreisebene mit der alleinigen Fokussierung auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Die Stärkung der Bürgerbeteiligung nimmt für den Kreisverband dementsprechend einen hohen Stellenwert ein. Im Mittelpunkt des politischen Handelns der Freien Wähler stehen die Ziele, die für die Lebensbereiche in den Städten und Gemeinden vor Ort von Bedeutung sind. Grundsatz der Freien Wähler ist dabei, politische Entscheidungen stets vom Blickpunkt und vom Interessenstandpunkt der Bürgerinnen und Bürger zu betrachten. Mit einer unabhängigen, ideologiefreien und sachbezogenen Politik wollen wir die kommunale Selbstverwaltung gestalten und sichern. Schulen, Straßen, Sport, Kultur und Vereine gehören ebenso zu ihren inhaltlichen Schwerpunkten wie Abfallentsorgung, Verkehrsanbindung, Gewerbeentwicklung sowie Natur und Umwelt. Der Grundsatz der sparsamen und verantwortungsvollen Haushaltsführung begleitet als Maxime alle finanzpolitischen Entscheidungen der Freien Wähler. Transparenz ihrer Politik und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sind wesentliche Leitlinien.